



03.09.2026

Stellungnahme des BUND Langen-Egelsbach zur Auflösung des Protestcamps im Langener Bannwald

Langen: Die Stadt Langen hat am 14. August 2026 eine Allgemeinverfügung zur Auflösung des Protestcamps erlassen, mit dem gegen weitere Rodungen und Auskiesungen im Langener Stadtwald protestiert wird. Die Räumung fand am 3. September statt, eine kleine Mahnwache auf der gegenüberliegenden Seite des Weges bleibt vorerst genehmigt.

Nach der Räumung des ersten Camps im November 2025 und der anschließenden Rodung eines Teils der genehmigten Fläche, erfolgte diese erneute Waldbesetzung im Mai 2026 auf dem verbliebenen Teilstück, dessen Rodung voraussichtlich im Winter 2027/2028 ansteht.

Wenn man sich die 18-seitige „Allgemeinverfügung zur Auflösung der Waldbesetzung „Banny Runde Zwei – Der Spuk ist nie vorbei“ im Langener Stadtwald“ anschaut, wird einem schnell klar, dass mit juristischen Mitteln wohl kaum dagegen vorzugehen ist. Allein aufgrund der immensen Waldbrandgefahr in den letzten Wochen wäre es seitens der Stadt unverantwortlich gewesen, nicht gegen das Kochen mit offener Flamme und das Rauchen im Wald vorzugehen - auch wenn im Camp offensichtlich wesentlich striktere Regeln beim Umgang mit Feuer und Müll gepflegt werden, als an dem in der Nähe gelegenen trüben Teich, auf dem Plastikflaschen schwimmen und der Boden neben der Sitzbank mit Zigarettenkippen übersät ist.

Andererseits kann man aber natürlich nicht erwarten, dass in einem Protestcamp "die baulich errichteten Strukturen der Versammlungsbehörde unter Vorlage von Planentwürfen oder eines Standfestigkeitsnachweises" angezeigt werden. Vielleicht ging man im Camp ja davon aus, dass die vorgesehene Entbürokratisierung im Baurecht bereits gesetzlich umgesetzt sei? Die Aufsichtsbehörden bei der Überprüfung deswegen aber mit Urin zu bespritzen ist menschenverachtend und jeder wäre zu Recht „angepisst“.

In den Hintergrund gedrängt wird dabei aber die Sache, um die es eigentlich geht: Die Auswirkungen des Klimawandels haben sich in diesem Jahr in Europa so deutlich wie bislang vielleicht noch nie gezeigt, mit Hitze, Waldbränden und Trockenheit. Für die Weltmeere wird die höchste je gemessene Temperatur vermeldet, weswegen in nächster Zeit auch mit Starkregen und Überschwemmungen zu rechnen ist. Und alle renommierten

Klimastudien gehen davon aus, dass dies eher die Regel als die Ausnahme sein wird und dass die Ursachen menschengemacht sind. Da hilft leider auch keine Realitätsverweigerung.

Längerfristig helfen würde der sofortige Verzicht auf das Verbrennen von Öl, Kohle und Gas, auch wenn einzelne, sich selbst verstärkende, „Kippunkte“ vermutlich bereits erreicht sind. Technisch ist das inzwischen ja auch schon längst möglich, eine konsequente Umsetzung wird aber unter dem Deckmantel der „Technologieoffenheit“ von Interessensgruppen, die ihre fossilen Geschäftsmodelle künstlich verlängern wollen, ausgebremst.

Daher führt auch kein Weg daran vorbei, dass wir uns an die neuen Gegebenheiten anpassen müssen: Schutz vor Hitze, Vorsorge gegen Starkregen und Hochwasser sowie der Umgang mit Trockenheit und Dürre.

Eine große Schutzfunktion übernehmen dabei die Wälder. Sie sind nicht nur CO₂-Speicher und Sauerstoffproduzenten, sondern wirken wie ein Schwamm bei Starkregenfällen, schützen das Grundwasser und üben einen Kühlungseffekt auf die nahe und weitere Umgebung aus.

Nicht ohne Grund wollte man 1996 dem Schrumpfen von Waldfläche in unserer stark belasteten Region Einhalt gebieten und erklärte eine Fläche von 1.500 Hektar im Bereich des Langener Waldsees zum „Bannwald“ – der höchsten Schutzkategorie für Wälder. Aber wie so oft erschienen wirtschaftliche Interessen dringlicher und bereits 2013 wurde dieser Schutzstatus wieder aufgeweicht und eine große Fläche von 64 Hektar - was etwa 90 Fußballfeldern entspricht - zur Rodung und zum Kiesabbau freigegeben. Der BUND hatte damals vergebens dagegen geklagt. Weitere Eingriffe in den Bannwald wollte die damalige schwarz-grüne hessische Landesregierung mit einer Verschärfung des Waldgesetzes 2022 erschweren. Doch bereits im Mai 2026 änderte die neue schwarz-rote Landesregierung mit Unterstützung der FDP das Waldgesetz erneut dahingehend, dass der Rohstoffabbau im Bannwald auch zukünftig wesentlich erleichtert wird.

Wenn nun junge Menschen, die vielleicht noch so viele Lebensjahre vor sich haben wie viele unserer BUND-Aktiven hinter sich, daher auch zu Mitteln des zivilen Ungehorsams greifen, wundert es uns nur, warum es nicht viel mehr sind.

Was werden wir nachfolgenden Generationen antworten, wenn sie uns fragen, was wir persönlich gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen unternommen haben? Warum wir erst viel zu spät und viel zu langsam begonnen haben zu handeln, obwohl die wissenschaftlichen Fakten eindeutig waren. Warum wir die längst vorhandenen technischen Möglichkeiten zur Vermeidung von CO₂ und für erneuerbare Energien nicht schnellstmöglich und umfassend eingesetzt haben. Sie werden den Verlust von Biodiversität, intakten Wäldern und sauberem Trinkwasser thematisieren und sie werden uns fragen, ob wir die gesundheitlichen Folgen von Umweltverschmutzung, Mikroplastik und Extremwetterereignissen bewusst in Kauf genommen haben.

Was werden wir ihnen antworten? Dass das unseren Wohlstand gefährdet hätte? Dass wir es nicht gewusst haben? Oder, ehrlicherweise, dass wir es nicht wahrhaben wollten und lieber auf Leute gehört hätten, die uns erzählten, was wir hören wollten – nämlich, dass das alles gar nicht so schlimm kommen werde und wir außerdem schon mal auf die eine

oder andere Flugreise verzichtet, ein Solarpanel am Balkon installiert, nur viermal die Woche Fleisch gegessen und regelmäßig am „Stadtradeln“ teilgenommen hätten?

Über die einzelnen Aktionen und Maßnahmen kann man sicher streiten. Wichtig aber ist, dass der Protest gegen eine Klimapolitik mit angezogener Handbremse laut und sichtbar bleibt.

Der BUND Ortsverband Langen-Egelsbach steht daher weiterhin auf Seiten all derer, die friedlich gegen Umweltzerstörung und für Klimaschutz protestieren.

BUND Ortsverband Langen-Egelsbach